

In Neuenrade geht's auch los! FWG besichtigt Kohlberg

Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen fehlt

NEUENRADE Auf dem Kohlberg in Neuenrade sollen in absehbarer Zeit sechs Windkraftanlagen als Bürgerwindpark entstehen. Dass dieses Thema auch innerhalb der Freien Wählergemeinschaft (FWG) umstritten ist, zeichnete sich schon im Vorfeld ab. Um sich ein genaueres Bild zu verschaffen, trafen sich nun Vorstand, Fraktion und interessierte FWG-Mitglieder zu einer „vor Ort Besichtigung“ an dem 14 Meter hohen Quitmannsturm auf dem Kohlberg zur Begehung des ausgewiesenen Fläche.

„Alle Anwesenden waren sich schnell einig, dass der Ausbau von regenerativer Energie für unser Land eine sehr wichtige Zukunftsaufgabe bedeutet“, erklärte die FWG in einer Pressemitteilung. Bei allem Verständnis für die Energiewende sollten solche Maßnahmen laut FWG aber auch ins Stadtbild und in die Landschaft passen. Schließlich würden diese sechs Großanlagen direkt in das schutzwürdige Neuenrader Naherholungsgebiet gesetzt. Inwiefern diese massive Veränderung des Landschaftsbildes etwa auch den Tourismus beeinträchtigt, sei kaum absehbar.

Kritisch hatte FWG-Ratsmitglied Detlef Stäger das Projekt schon im Bau-, Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss beleuchtet. Vor allem die fehlende Höhenbegrenzung in der Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ bemängelte er.

In der Ratssitzung hatte Fraktionschef Bernhard Pe-

ters, neben der fehlenden Höhenbegrenzung, auch die von der Stadtverwaltung als für nachts zulässig angesehene Lärmentwicklung von 45 dB(A) in den angrenzenden Wohngebieten in Richtung Neuenrade und Altena-Dahle angesprochen. Die FWG strebt eine Nachbesserung an, um 35 dB(A) zum Schutz der Anwohner zu erreichen.

Wenn im Teilflächennutzungsplan „Windenergie zur Steuerung der Windenergienutzung im Außenbereich“ keine Höhenbegrenzung festgeschrieben wurde, könnten gegebenenfalls künftig noch größere Anlagen auf dem Kohlberg entstehen, befürchtet die FWG. Bauamtsleiter Marcus Henniger hatte in der Ratssitzung darauf verwiesen, dass Höhenbegrenzungen ohne sachliche Begründung nicht machbar seien, deshalb habe man nur eine Begrenzung bei der Energieleistung eingebaut.

Der Rat der Kreisstadt Schleiden eine Höhenbegrenzung der Windkraftanlagen in ihre Satzung schreiben könne, die Neuenrader jedoch nicht. Dass bei einem so wichtigen zukunftsorientierten Thema dem FWG-Ratsherr Stäger in der Ratssitzung auch noch das Wort entzogen wurde, wird in der FWG-Fraktion noch immer als „indiskutabel und sehr befremdlich“ angesehen.

Experten informieren zum Infraschall

Bürgerverein lädt am 3. September ein



Ulrich Alda (Petitionsausschuss).

Hohenlimburg. Der Bürgerverein Wesselbach lädt am Donnerstag, 3. September, zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Windenergieanlagen ein. Der Schwerpunkt des Abends: Beeinträchtigungen der Umwelt durch Infraschall.

Den Organisatoren ist es gelungen, mit Prof. Detlef Krahe und Dr. Dirk Schreckenberg zwei international anerkannte Experten zu gewinnen, die dieses komplexe Thema wissenschaftlich fundiert durchleuchten und auch auf Fragen konkret Auskunft geben werden.

Umwelt- und Naturschutzexperte Ralf Blauscheck hat ebenfalls seine Teilnahme zugesagt.

Ebenso Ulrich Alda, Mitglied des Petitionsausschusses des Landes NRW. „Jedes Jahr machen 5000 Menschen von ihrem Petitionsrecht Gebrauch und wenden sich mit einer Eingabe an das NRW-Parlament. Und es lohnt sich: Der Petitionsausschuss nimmt sich jeder einzelnen Eingabe an.“

Petition ist auch online möglich

Deshalb rät er den Hohenlimburgern, die sich gegen die Windenergieanlagen auf den Kammlagen des Nahmer- und des Wesselbachtals wenden, eine Petition an den Landtag NRW zu richten und ihre Gründe gegen die Windenergieanlagen darzustellen: Landtag Nordrhein-Westfalen; Petitionsausschuss, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf.

Bereits bei den Bemühungen des Bürgervereins, den Hohenlimburger Bahnhof barrierefrei zu gestalten, hatte sich Alda, ebenso wie Wolfgang Jörg (SPD), erfolgreich für die Bürger eingesetzt. Der Bahnhof wurde in die Modernisierungsoffensive der Bahn aufgenommen.

Unbedenklichkeit nicht nachgewiesen

Windenergieanlagen. Man konnte auf der Informationsveranstaltung der Stadt in der Ricarda-Huch-Schule zum Thema Windenergieanlagen auch im Laufe der Diskussionen erfahren, dass Infraschall nicht Bestandteil der Prüfungen zur Begutachtung möglicher Windenergieanlagen ist. Begründung: für Infraschall gibt es nach aktuellen Regelungen keinen Grenzwert.

Diese Vorgehensweise und Begründung ist meines Erachtens zu kurz gesprungen. Nach Aussagen des Umweltbundesamtes zur Wirkung von Infraschall kann dieser verschiedene Krankheiten hervorrufen, wie auch die WP berichtete. Es ist auch bekannt, dass das Umweltbundesamt eine Studie in Auftrag gegeben hat, um dieses Feld zu erforschen.

Die Westfalenpost berichtete kürzlich außerdem über das Beschlussprotokoll des Ärztesiegel 2015, auf dem deutliche Kritik geäußert wurde, dass es für die Immissionen im tieffrequenten und infraschallbereich bislang keine unabhängigen Studien gebe. Somit ist eine gesundheitliche Unbedenklichkeit nicht nachgewiesen.

Fazit: Nur weil sinngemäß die bestehenden Regelungen die Prüfung von Infraschall nicht vorsehen, ist es meines Erachtens unverantwortlich und aus betroffener Sicht beängstigend, dass dieser Aspekt Infraschall und die Bedrohung der Gesundheit aus quasi formalen Gründen bei der Prüfung außen vor bleiben!

Windenergieanlagen wie in Hohenlimburg Wesselbach 500 bis 600 Meter nahe der Wohnbebauung, laut Vorgaben des Rates der Stadt als gelbe „grenzwertige Fläche“ bezeichnet (bis 1000 m gelb), ist damit nicht hinnehmbar. Ich hoffe, dass die Politik hier nicht sehenden Auges eine gesundheitliche Gefährdung der Anwohner im „gelben Bereich“ in Kauf nimmt. Bei der Informationsveranstaltung wurde immer wieder betont, dass die Abstände zur Wohnbebauung vom Rat der Stadt bestimmt werden.

Wenn sich nach Abschluss einer solchen geforderten langfristigen Studie herausstellt, dass die Befürchtungen wahr werden und gesundheitliche Probleme für Menschen sich bestätigen, wer trägt dann die Verantwortung?

Marc Sturges



Einige FWG-Mitglieder besichtigten jetzt den Kohlberg, wo sechs Windkraftanlagen gebaut werden sollen. • Foto: Privat